

**Erscheint**  
wöchentlich drei  
Mal und zwar  
Dienstag,  
Donnerstag und  
Sonnabend.

**Inserate:**  
Für den Raum  
einer  
Kleinspalt. Zeile  
10 Pf.

# Amts- und Anzeigebblatt

für den  
**Gerichtsamtsbezirk Eibenstock**  
und dessen Umgebung.

**Abonnement**  
vierteljährlich  
1 M. 20 Pf.  
incl. Bringer-  
lohn.

**Dieses Blatt**  
ist auch  
für obigen Preis  
durch alle  
Postanstalten zu  
beziehen.

Verantwortlicher Redacteur: E. Hannebohn in Eibenstock.

Annoucen-Annahme in der Expedition bis Mittags 12 Uhr für die am nächstfolgenden Tage erscheinende Nummer.

## Bekanntmachung.

Nachdem der Hüttenwerksbesitzer  
Herr **Hans Hugo Carl Edler von Duerfurth** in Schönheiderhammer  
als Mitglied der Musterungs-Commission des Musterungsbezirks Schneeberg für die nächsten sechs Jahre gewählt und in Pflicht genommen  
worden ist, wird Solches gemäß § 14 der Verordnung, die Aushebung von Pferden für den Bedarf der Armee betreffend, vom 1. März 1877  
bekannt gegeben.

**Königliche Amtshauptmannschaft Schwarzenberg,**  
am 7. Februar 1879.  
Freiherr von Wirting.

St.

## Bekanntmachung.

Vom Gesetz- und Verordnungsblatte für das Königreich Sachsen ist das 1. Stück vom laufenden Jahre erschienen.  
Dasselbe enthält unter Nr. 1: Verordnung, die Annahme und Führung der von auswärtigen Universitäten an Königlich Sächsische  
Staatsangehörige verliehenen Würden betreffend; vom 27. Dezember 1878. Nr. 2: Bekanntmachung, die Festsetzung des Betrages der für die  
Naturalverpflegung der Truppen im Jahre 1879 zu gewährenden Vergütung betreffend; vom 31. Dezember 1878. Nr. 3: Verordnung, die  
Impfschulden betreffend; vom 2. Januar 1879. Nr. 4: Gesetz, die veränderte Einrichtung der Altersrentenbank betreffend; vom 2. Januar 1879.  
Nr. 5: Bekanntmachung, die bei Herstellung der Verbindungsbahn in Leipzig betroffenen Fluren betreffend; vom 3. Januar 1879.  
Ferner ist vom Reichsgesetzblatte das 1., 2., 3. und 4. Stück vom laufenden Jahre erschienen.  
Dieselben enthalten unter Nr. 1276: Verordnung, betreffend die Einberufung des Reichstags; vom 23. Januar 1879. Nr. 1277:  
Bekanntmachung, betreffend drei zwischen dem Deutschen Reich und Belgien vereinbarte Berichtigungen des deutschen Textes des Auslieferungs-  
vertrages vom 24. Dezember 1874 (Reichs-Gesetzbl. 1875 S. 73 ff.); vom 29. Dezember 1878. Nr. 1278: Verordnung, betreffend Beschränk-  
ungen der Einfuhr aus Russland; vom 29. Januar 1879. Nr. 1279: Verordnung, betreffend die Verrichtungen der Standesbeamten in Bezug  
auf solche Militärpersonen, welche ihr Standquartier nach eingetretener Mobilmachung verlassen haben; vom 20. Januar 1879. Nr. 1280: Ver-  
ordnung, betreffend die Passpflichtigkeit der aus Russland kommenden Reisenden; vom 2. Februar 1879. Nr. 1281: Bekanntmachung, betreffend  
die Bedingungen der Zulassung von Reisenden aus Russland zum Eintritt über die Reichsgrenze; vom 3. Februar 1879.  
Sämmtliche Stücke liegen an Rathsstelle zu Jedermanns Einsichtnahme aus.  
Eibenstock, am 6. Februar 1879.

**Der Stadtrath.**  
Hofe, Bürgermeister.

### Der Reichstag

wird am 12. Februar wieder zusammentreten zu einer Session, der ganz  
Deutschland mit Spannung entgegenfieht: nicht mit jener Spannung  
der Neugier, die wir etwa empfinden, wenn uns irgend ein Schauspiel  
bevorsteht, sondern mit der Spannung, die uns erfüllt, wenn es sich um  
Dinge handelt, die uns selbst nahe berühren, die tief in die Interessen  
der Gesamtheit wie aller Einzelnen einschneiden. Ein leidenschaftlicher  
Interessenkampf wühlt die Nation in ihrem Innersten auf, das Reich  
hält von den Schlachtrufen der verschiedenen wirthschaftlichen Parteien wider,  
und die Regierung selbst ist in die Kampfbahn hinabgestiegen; sie glaubt  
der auf uns lastenden Krise durch eine gründliche Abkehr von den bis-  
her eingehaltenen Wegen unserer Handels- und Wirthschaftspolitik be-  
ggnen zu können. Handelsverträge werden zerrissen, neue Tarife ge-  
schmiedet, Steuerprojecte aller Art tauchen auf. Wahrhafte Existenz-  
fragen des Handels und der Industrie, des Reiches und der Einzel-  
staaten sind es, die diesmal an den Reichstag herantreten, und schwerer  
als jemals wird es unseren Reichsboten werden, sich mitten in der all-  
gemeinen Erregung kaltes Blut zu bewahren und zu jener Höhe ruhiger  
Prüfung aufzuschwingen, von der aus die Einzelinteressen verschwinden  
und im Interesse der Gesamtheit aufgehen. Unser Trost ist, daß die  
Zoll- und Steuerfragen noch nicht zur parlamentarischen Behandlung  
reif sind und den Reichstag erst in der zweiten Hälfte der Session be-  
schäftigen dürften, so daß wir Zeit zu einer weiteren Klärung der An-  
sichten gewinnen. Die Reichs-Commission zur Revision des Zolltarifs  
steht erst im Beginne ihrer Arbeiten; sie hat sich noch nicht über die  
ihre vorgeschlagene Einführung von Vieh- und Getreidezöllen schlüssig ge-  
macht. Die Verantwortlichkeit solcher Zölle, sowie die Nothwendigkeit einer  
strengen Scheidung zwischen Schutz- und Finanzzöllen ist bereits öfter  
erörtert. Mit Zöllen zu Gunsten der Industrie kann nicht zugleich den  
Finanzen des Reiches aufgeholfen werden. Diese auf eigene Füße zu  
stellen, wird Aufgabe besonderer Vorlagen sein müssen. Zunächst ist in  
dieser Beziehung die Einführung einer hohen Gewichtsteuer für den Ta-  
bal ins Auge gefaßt; die betreffende Vorlage ist aber gleichfalls erst in  
Vorbereitung begriffen. In der ersten Hälfte der Session dürften den  
Reichstag außer dem Haushaltplan namentlich beschäftigen der Geset-  
entwurf über die Strafgewalt des Reichstags und im Anschluß hieran  
etwaige Anträge über eine freiwillige Verschärfung der parlamentarischen

Hauszucht, der deutsch-österreichische Handelsvertrag, die Vorlage einer  
Gebührenordnung für die Rechtsanwälte (als Nachtrag zu den Justizge-  
setzen), ein neuer Gesetzentwurf über die Verfälschung der Nahrungsmittel  
u. s. w. Kurz, an ernsten Arbeiten und lebhaften Verhandlungen wird  
es in der neuen Session nicht fehlen; ob sie aber schöpferisch wirken und  
mit heilsamen Ergebnissen schließen wird, liegt noch im Dunkel. Hoffen  
wir das Beste; bleiben wir ernst und wachsam; vertrauen wir aber auch  
dem guten Genius, der das wiedererstandene Deutschland bisher so glück-  
lich durch alle Gefahren hindurch geführt hat.  
R. V.

### Tagesgeschichte.

— Berlin. Der Kaiser soll angeblich beabsichtigen, den Reichs-  
tag in Person zu eröffnen.  
— Zu dem Abkommen zwischen Deutschland und Oester-  
reich bezüglich des Prager Vertrages wird dem „Daily Telegraph“  
aus Wien geschrieben: Dem Vernehmen nach soll Graf Andrassy bei  
Fürst Bismarck's erstem Versuch, die österreichische Regierung zum Ab-  
schluß des eben unterzeichneten Vertrages zu bewegen, sich geweigert haben,  
einen Entschluß in der Sache zu fassen, ehe die französische Regierung  
ihre Billigung desselben ausgesprochen. Fürst Bismarck trat hierauf mit  
Mr. de Saint-Ballier, dem französischen Botschafter in Berlin, in Ver-  
handlung. Der Kanzler scheint die Einwilligung der französischen Re-  
gierung ohne viel Schwierigkeiten erlangt zu haben und hat auf Grund  
dieses neuen Arguments seinen zweiten und erfolgreichen Versuch in  
Wien gemacht. Der Berliner Correspondent der „Times“ telegraphirt  
unterm 5. d.: „Mit der Veröffentlichung des Vertrages in diesem Augen-  
blick mag nicht besonders beabsichtigt worden sein, die Augen Frankreichs  
zu öffnen, aber sie kann nicht ermangeln, diese Wirkung zu haben.“ —  
Was Dänemark angeht, so verlangt die dortige Presse auf Grund des  
„moralischen“ Rechts eine weitere Erörterung der Sache, sei es mit  
Preußen, sei es mit Europa, da ein völliges Stillschweigen Europa sonst  
glauben machen müsse, Dänemark liege als Staat still auf seinem  
Krankenbette. — Dem entspricht eine weitere Kopenhagener Meldung,  
derzufolge die dänische Regierung wahrscheinlich an das Berliner Cabinet  
sowie an die anderen Mächte eine Note richten wird, um eine billige  
und endgültige Lösung der Nordschleswig'schen Frage zu erzielen. —